

# **Nie mehr und nirgendwo – weder Faschismus noch Krieg**

**Aus Anlass des 76. Jahrestags der Befreiung  
am 8. Mai 2021**

**Rede des Genossen Heinz Hummler  
Biografische Daten: Heinz Hummler – ein Leben  
für die Arbeiterbewegung  
Der VII. Weltkongress der Kommunistischen  
Internationale und die antimonopolistische  
Strategie**

**Herausgegeben vom Bezirksvorstand der  
DKP Baden-Württemberg**

**Spendenempfehlung: 3,00 Euro**

Herausgeber:

Bezirksvorstand der DKP Baden-Württemberg

Böblinger Straße 105

70199 Stuttgart

<https://dkp-bw.de>

Druck:

Druckwerkstatt Renchen

Weidenstraße 30

77871 Renchen

<http://www.druckwerkstatt-renchen.de>



*Heinz Hummler am 8. Mai 2021*



## **Inhalt**

Einleitung	6
Rede des Genossen Heinz Hummler am 8. Mai 2021	7
Biografische Daten: Heinz Hummler – ein Leben für die Arbeiterbewegung	14
Der VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale und die antimonopolistische Strategie	18

## Einleitung

Der Tag der Befreiung am 8. Mai 2021 wurde in Stuttgart mit einer Auftaktkundgebung vor dem Landgericht in der Urbanstraße, wo während der Jahre der Nazidiktatur Hunderte von Antifaschisten hingerichtet wurden, eröffnet. Die dortige Rede hielt der Genosse Heinz Hummler, Sohn des 1944 von den Faschisten ermordeten Widerstandskämpfers Anton Hummler. Wir dokumentieren in dieser Broschüre seine gleichermaßen emotionale und berührende wie aufrüttelnde Ansprache.

Ergänzt wird die von Heinz gehaltene Rede durch eine Reihe biografischer Daten über »ein Leben für die Arbeiterbewegung«.<sup>1</sup>

Überdies veröffentlichen wir an dieser Stelle mit freundlicher Genehmigung der »Kommunistischen Arbeiterzeitung« einen Beitrag zum VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale und dessen aktuelle Relevanz für den heutigen Kampf gegen Kapitalismus und Faschismus.

---

<sup>1</sup> Heidi Hummlers Buch »er-Lebens-ver-Lauf gegen den Mainstream« (Renchen 2009) enthält noch viele weitere wichtige Details aus dem Leben ihres Mannes. Darüber hinaus erscheint im Rahmen des vom DKP-Bezirksvorstand Baden-Württemberg aufgelegten »Biografie-Projekts« demnächst eine Broschüre mit aufgezeichneten Gesprächen mit Heidi und Heinz Hummler.

## **Rede des Genossen Heinz Hummler am 8. Mai 2021**

Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer an dieser Gedenkveranstaltung!  
Heute ist der 76. Jahrestag der Befreiung vom deutschen Faschismus in ganz Europa.

Am 8. Mai 1945 siegte die Antihitlerkoalition über Nazideutschland und beendete damit den vom deutschen Faschismus entfesselten Zweiten Weltkrieg.

Für Millionen Menschen kam dieser Tag zu spät. Juden, Sinti und Roma, politische Gegner aus humanistischer, kommunistischer, sozialdemokratischer oder christlicher Überzeugung, Homosexuelle, Behinderte, sowjetische und polnische Kriegsgefangene, KZ-Häftlinge aus ganz Europa waren bis dahin in den Vernichtungslagern der Nazis und von der Nazijustiz gequält und ermordet worden.

Befreiend war dieser Tag nicht nur für die aus Konzentrations- und Vernichtungslagern befreiten Männer, Frauen und Kinder, erlösend war er auch für unzählige Menschen, hier und in den von der deutschen Wehrmacht okkupierten Ländern, die aus Kellern und Bunkern hervorkriechen konnten, um nach ihren Lieben zu suchen oder sie wenigstens beerdigen zu können, die froh waren, das Inferno des Krieges überlebt zu haben.

Ich bin mir bewusst, dass ich heute über Vorgänge aus unserer Geschichte rede, welche viele vergessen wollen, manche verdrängt und etliche nie gehört haben.

Die diesjährige Veranstaltungsreihe beginnt hier an einem Ort, an dem die Justiz der Nazis während des Zweiten Weltkriegs mehrere hundert Menschen aus nichtigen Gründen umbringen ließ. Im Hof dieses Gerichts starben über 450 Menschen aus vielen Ländern Europas – sie starben unter der immer wieder extra dafür aufgestellten Guillotine.

Zum Bedauern der Hinterbliebenen ist die hier an der Mauerkrone eingemeißelte Inschrift der einzige vage öffentliche Hinweis auf die an diesem Ort begangenen Verbrechen. Erst seit dem Jahr 2019, also

74 Jahre nach Kriegsende, gibt es wenigstens im Innern eine Dauer-ausstellung „NS-Justiz in Stuttgart“.

Übertroffen wird diese Verniedlichung von Naziverbrechen für mich allerdings bei Weitem durch das, was ich beim Besuch des Ortes der Hinrichtung meines Vaters in der sogenannten Nachwendezeit im Zuchthaus Brandenburg-Görden erleben musste. In dieser sich noch im Betrieb befindlichen JVA war es nur möglich, nach besonderer Anmeldung die innerhalb liegende Gedenkstätte in Begleitung eines Betreuers zu besuchen. Dort wurden bis Ende April 1945 1.722 Nazigeegner umgebracht.

Vor der JVA kein Hinweis auf die Gedenkstätte mit dem noch vorhandenen Fallbeil. Dafür steht aber, an öffentlich zugänglicher Stelle vor dem Tor, eine Tafel mit der Inschrift „Den Opfern der kommunistischen Gewaltherrschaft 1945–1989“.

Ich war empört über diese Art von Nichtaufarbeitung der Nazi-vergangenheit zugunsten des aktuellen politischen Mainstreams.

Dazu ein weiteres Beispiel:

Alle in Stuttgart beteiligten Richter wurden nach dem Zweiten Weltkrieg in Spruchkammerverfahren entlastet oder als Mitläufer qualifiziert und machten abermals Karriere im Justizdienst. Die einzige Ausnahme war der zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilte Vorsitzende des hier an-sässigen Sondergerichts, Hermann Cuhorst, unter dem über 200 Todes-urteile verhängt und vollstreckt wurden. Aber schon 1950 wurde er unter der Adenauer-Regierung begnadigt.

Wir wissen, dass das, was hier geschah, nur einen kleinen, ja fast winzig kleinen Teil der Verbrechen umfasste, welche im Namen Deutschlands von den Nazis begangen wurden.

Manche der Opfer konnten es kaum fassen, warum und wofür sie umgebracht werden sollten. Viele verbanden aber auch ihren Tod mit der Hoffnung auf ein besseres Deutschland nach dem Ende der Nazi-diktatur.

So schrieb mein Vater vor seiner Hinrichtung in einem letzten Brief an meine Mutter: „Wenn dann eine andere Zeit kommt, dann weißt Du



ja, wohin Du Dich wenden musst und kannst sagen, für was ich gefallen bin und es wird Dir bestimmt Hilfe.“

Mehr als 55 Millionen Tote sind eine Bilanz, die alle bisherigen Dimensionen sprengt, weshalb dieser Tag nie vom bedeutsamsten Platz in der Skala unserer Erinnerungen verdrängt werden darf.

Die Überlebenden des KZs Buchenwald schworen am 19. April 1945 nach ihrer Befreiung auf dem Appellplatz des Lagers:

„Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht. Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel. Das sind wir unseren gemordeten Kameraden und ihren Angehörigen schuldig.“

Dieser Erklärung folgte keine wie auch immer geartete Aufarbeitung. Im Gegenteil – schon wenige Jahre später wurden in der BRD Verfolgte des Naziregimes von dem aus ehemaligen Nazis gebildeten sogenannten Verfassungsschutz beobachtet und von einer ohne Unterbrechung weiterbestehenden Justiz wegen ihrer politischen Gesinnung verfolgt.

„Über den 8. Mai wissen viele Deutschen nichts“, stand vor einigen Jahren in den „Stuttgarter Nachrichten“.

Ja woran liegt das nur? Wer hat es ihnen verschwiegen? Die Schule? Die Medien? Die Politik?

Und warum ist der Tag der Befreiung noch immer kein Feiertag?

Die zwölf Jahre Naziherrschaft in Deutschland waren kein Betriebsunfall und erst recht kein „Vogelschiss in der deutschen Geschichte“. Hitlerdeutschland war nicht ein Unrechtsstaat wie jeder andere x-beliebige.

Der von den Nazis geplante und angefangene Zweite Weltkrieg mit zig Millionen Toten, die systematische Liquidierung von über sechs Millionen Menschen in den Vergasungsstätten der Vernichtungslager, die gezielte Ausrottung von Hunderttausenden Andersdenkender, Andersartiger oder Andersgläubiger sind – daran kann nicht der allergeringste Zweifel bestehen – das größte Verbrechen in der Geschichte der Menschheit. Deshalb kommt auch jeder Vergleich mit

anderen Exzessen nur einer Verharmlosung des deutschen Faschismus gleich.

Als die Nazijustiz meinen Vater und seinen Freund Max Wagner zum Tode verurteilte, erhielten wir die Todesnachricht mit dem Vermerk „Die Veröffentlichung einer Traueranzeige ist nicht erlaubt“. Für mich, den damals 12-jährigen Jungen, war dies der endgültige Offenbarungseid eines Regimes von Verbrechern.

Die deutsche Justiz aber, genauer gesagt die bundesdeutsche Justiz, hat nie die Konsequenzen aus ihren Untaten während der Naziherrschaft gezogen.

Kein einziger Nazijurist – und auf das Konto der Nazijustiz gehen 60.000–80.000 Todesurteile – wurde jemals von einem bundesdeutschen Gericht für seine Untaten belangt!

Dies aufzuarbeiten ist dringend notwendig. Gerade wir Deutschen dürfen es nicht dulden, dass nur dem Teil unserer Vergangenheit Beachtung geschenkt wird, der den in unserem Land Herrschenden genehm ist.

Die erste Schlussfolgerung an diesem Jahrestag kann nur heißen:

### **NIE WIEDER FASCHISMUS!**

Als 9-jähriger Bub erlebte ich, wie in den Sondermeldungen im Radio am 22. Juni 1941 behauptet wurde, die deutsche Wehrmacht hätte, um einem plötzlichen russischen Angriff zuvorzukommen, mit dem Einmarsch in die Sowjetunion begonnen.

Nachdem 1940 noch gesungen wurde: „Siegreich woll’n wir Frankreich schlagen, sterben als ein tapferer Held“, sang man im Radio jetzt: „Von Finnland bis zu Schwarzen Meer, vorwärts nach Osten du stürmend Heer – Führer befiehl wir folgen dir“.

Seit diesem Sommer 1941 – also seit nunmehr bald 80 Jahren, beginnend mit den Nazis – behaupten die jeweils Regierenden hierzulande, „die Russen“ würden uns bedrohen und wollten bei uns einmarschieren.

Mit dieser Begründung wurde die Bundeswehr geschaffen, ging man in die NATO, führte als Teil dieser NATO einen Angriffskrieg gegen das damalige Rest-Jugoslawien, obwohl das Grundgesetz dieser Republik genau einen solchen ausdrücklich verbietet.

Die Gefahr, dass die militärische Umzingelung Russlands und der VR China und das Kriegsgeschrei der NATO zu einem neuen Krieg führen kann, steigt von Tag zu Tag.

Kriege brechen nicht aus, wie etwa ein Vulkan ausbricht. Man schlittert auch nicht nur so mal hinein, sondern Kriege werden geplant und sie werden aus meist durchsichtigen Gründen planmäßig angefangen – und Menschen kommen darin nicht einfach nur um, sie werden vorsätzlich umgebracht.

Der Erste Weltkrieg war schon lange vorbereitet, als die Schüsse in Sarajevo fielen. Hitler hatte seinen Krieg schon mit dem Eingreifen der Legion Condor in Spanien, der Annektierung Österreichs und der Besetzung der Tschechoslowakei – übrigens mit Duldung der Westmächte – und lange vor dem angeblichen polnischen Überfall auf den Sender Gleiwitz geplant.

Der von den USA ausgelöste Tonkin-Zwischenfall vor Vietnam, die angeblich aus Brutkästen gerissenen Kinder in Kuwait, die erfundenen Massenvernichtungswaffen des Saddam Hussein – die Kriegslügen reihen sich aneinander wie Perlen an einer Schnur.

Seit mehr als 70 Jahren gilt bei uns nun das Grundgesetz. Darin steht: „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.“

Da fragt man sich, in welchem Gesetz die Strafe für das Führen eines Krieges festgelegt ist, wenn schon die Vorbereitung strafbar sein soll.

Alle Regierungen, welche die BRD je hatte, haben bisher diesen Verfassungsauftrag ignoriert.

Und das Bundesverfassungsgericht hat nie einen Termin für ein solches Gesetz verlangt. Für das Verbot der KPD, in der viele der

Naziopfer organisiert waren und die konsequent gegen die Wiederaufrüstung kämpfte, war es allerdings der Regierung Adenauer schon zu Diensten.

Die zweite Forderung an diesem Tag ist deshalb:

### **NIE WIEDER KRIEG !**

Die Verbrechen des deutschen Faschismus – seine Ideologie der Vernichtung politischer Gegner, der Liquidierung angeblich Andersrassischer, der Versklavung sogenannter „Untermenschen“ und der Entfesselung eines Weltkriegs mit dem Ziel des Sieges der selbst ernannten Herrenmenschen – dürfen nicht länger bagatellisiert und mit dem Mantel des Vergessens zugedeckt werden.

Als Sohn eines von der Nazijustiz zum Tode verurteilten und hingerichteten Widerstandskämpfers, dem das Andenken an seinen Vater Verpflichtung ist, komme ich nicht umhin festzustellen, dass nicht nur die Rolle der deutschen Justiz bei den Verbrechen der Nazis immer ausgeblendet, sondern der politische Widerstand dagegen immer stärker kriminalisiert wird, um so Rechts und Links gleichzusetzen.

Dies unter dem Begriff des Extremismus zu verstecken, wirkt – bezogen auf den deutschen Faschismus und dessen Geisteshaltung – nicht anders als verharmlosend.

Faschismus war und ist keine Meinung und schon gar keine, auf die man einen Rechtsanspruch hat. Faschismus – und das hat er mit den 55 Millionen Toten bewiesen – ist das organisierte Verbrechen. Dies ist mit nichts anderem vergleichbar! Und seine Protagonisten waren, sind und bleiben Verbrecher.

Die Erinnerung daran wurde so gut wie nie von Regierungen oder Parlamenten betrieben oder aufrechterhalten, sondern blieb Einzelinitiativen überlassen. Und die mussten immer darum kämpfen – das war so beim Mahnmal am Alten Schloss, bei der Inschrift hier am Landgericht, bei den Stolpersteinen, beim Deserteursdenkmal und beim „Hotel Silber“.

Der größte deutsche Dichter des 20. Jahrhunderts, Bertolt Brecht, schrieb 1952:

„Lasst uns das tausendmal Gesagte immer wieder sagen,  
damit es nicht einmal zu wenig gesagt wurde!

Lasst uns die Warnungen erneuern,  
und wenn sie schon wie Asche in unserem Mund sind!“

Wir mahnen hier und heute, an diesem 8. Mai:

Den in den Öfen von Auschwitz und anderer Vernichtungslager verbrannten Menschen, den massakrierten Geiselopfern von Sant’Anna di Stazzema in Italien, um nur eines von zahllosen Massakern der Nazi-Wehrmacht zu nennen, den in der Atomhöhle von Hiroshima zerschmolzenen Frauen, Kindern, Greisen, den europaweit wegen ihres Widerstands gegen den Faschismus Ermordeten aus allen Ländern können wir nur gerecht werden, wenn wir lauter als je zuvor, immer und überall in unserem Land sagen und verlangen:

**NIE MEHR UND NIRGENDWO – WEDER  
FASCHISMUS NOCH KRIEG!**

## **Biografische Daten: Heinz Hummler – ein Leben für die Arbeiterbewegung**

Geboren am 19. April 1932 in Stuttgart als Sohn kommunistischer Eltern, Anton und Frieda Hummler geb. Reble.

Grundschule von 1938 bis 1942.

Frühe Prägung durch Kriegsereignisse und Hausdurchsuchungen.

Oberschule (Schickhardt-Gymnasium) ab 1942 mit Notunterricht von Ende 1943 bis Juli 1944 und kriegsbedingten Unterbrechungen.

22. September 1943: Verhaftung des Vaters Anton Hummler durch die Gestapo. Der Antifaschist und Widerstandskämpfer wurde vom „Volksgerichtshof“ der Nazis zum Tode verurteilt und am 25. September 1944 im Zuchthaus Brandenburg ermordet.

1945: Kriegsende – Trümmer, Hunger, Not.

Gymnasium von Herbst 1945 bis April 1947.

Im April 1947 wurde Heinz Hummler als Hinterbliebenem eines Opfers des Faschismus von der AEG – wohl mehr als Alibi – eine der seltenen Lehrstellen als Werkzeugmacher angeboten. Er nahm diese an, vor allem, um seiner Mutter und den zwei jüngeren Schwestern finanziell helfen zu können.

Mitglied der „Schwäbischen Volksjugend“: „Nie, nie woll'n wir Waffen tragen...“ Nie wieder Krieg – nie wieder Faschismus!

April 1948: Mitglied der IG Metall und der Freien Deutschen Jugend.

Lehre als Werkzeugmacher von April 1947 bis September 1950.

Aktiv bei der Unterstützung und Unterschriftensammlung für den „Stockholmer Appell“ (gegen Atombomben).

Schon ab 1948 (Währungsreform) Beginn des „Kalter Krieges“ gegen die Sowjetunion und die nach der Befreiung vom Faschismus entstandenen sozialistischen Länder. In dieser Zeit machtvolle Aktionen und Demonstrationen gegen den „Generalvertrag“ – Remilitarisierung Deutschlands und die Einführung der Wehrpflicht („Ohne-Uns-Bewegung“). Am Berger Steg über den Neckar war jahrelang die im Zuge einer FDJ-Aktion von Heinz Hummler tollkühn gemalte Losung „Verhindert den Generalvertrag – fort mit Adenauer“ trotz Überpinse- lung zu erkennen.

19. April 1951: Gespräche mit vielen „Lehrmeistern“ aus KZs, Gefäng- nissen und Widerstand. Die Begegnung mit diesen Menschen und deren Erfahrungen führten zu Heinz Hummlers Eintritt in die KPD.

August 1951: Teilnahme an den III. Weltfestspielen der Jugend und Studenten in Berlin („Im August, im August blüh'n die Rosen“). Bei der An- und Rückreise wurde an der Grenze zur DDR vom Bundesgrenz- schutz auf westdeutsche Jugendliche geschossen, sie wurden gejagt und zusammengeschlagen, viele wurden verhaftet und eingesperrt (Losung: „Sie haben uns aus den Zügen geholt, weil wir von Deutschland nach Deutschland gewollt“). Darunter war auch seine spätere Frau Heidi.

11. Mai 1952: Zusammen mit Heidi und Schwester Lilo Teilnahme an der „Friedenskarawane“ in Essen – ganz in ihrer Nähe wurde Philipp Müller erschossen.

!955: IGM-Vertrauensmann im Werkzeugbau.

1956: KPD-Verbot – auch in der Illegalität blieb Heinz Hummler immer aktiv für seine Partei.

1959: Betriebsratsmitglied – ab diesem Zeitpunkt bei jeder BR-Wahl wiedergewählt.

1965: Delegierter zum IGM-Gewerkschaftstag in Bremen.

Nach der Neukonstituierung der Partei 1968 wurde Heinz Hummler Mitglied der DKP.

Während der 60er-, 70er- und 80er-Jahre Teilnahme an antifaschistischen und Antikriegsaktionen (Ostermärsche) und Demonstrationen gegen die Franco-Diktatur in Spanien, das faschistische Obristenregime in Griechenland, den Vietnamkrieg und den faschistischen Putsch in Chile. Erinneert sei in diesem Zusammenhang auch an die Menschenkette von Stuttgart nach Ulm gegen die Raketenstationierung.

Heinz Hummler stand in allen Auseinandersetzungen und Kämpfen der Gewerkschaftsbewegung, an denen er teilnahm, immer an vorderster Front: 1950/51 Kampf um den arbeitsfreien Samstag („Samstags gehört Vati mir“) – Metallarbeiterstreiks für bessere Löhne – Kämpfe und Streiks um die 40-, dann die 35-Stunden-Woche – Streiks für Alterssicherung, Ruhepausen, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.

1969: Nach Gründung der Trafo-Union in Stuttgart-Bad Cannstatt durch AEG und Siemens wurde Heinz Hummler Mitglied des Gesamtbetriebsrats und 1984 – kurz vor dem Schließungsbeschluss des Siemens-Konzerns – Betriebsratsvorsitzender der Trafo-Union.

1984 bis 1986: Kampf gegen die Schließung des Werks der Trafo-Union in Bad Cannstatt mit zahlreichen Aktionen. Einer der Höhepunkte dieser



Auseinandersetzung war der Polizeieinsatz gegen die Belegschaft zur Durchsetzung des Abtransports der Maschinen und Anlagen.

Mai 1986 bis März 1987: Infolge fehlender Solidarität ohne gewerkschaftliche und betriebliche Funktion.

März 1987: Nach der „Verlagerung“ eines Teils der Belegschaft nach Kirchheim/Teck wurde Heinz Hummler mit großer Mehrheit zum Betriebsratsvorsitzenden im dortigen Werk der Trafo-Union gewählt. Diese Funktion übte er aus bis zu seinem Vorruhestand.

April 1992: Nach 45 Arbeitsjahren bei AEG/Siemens/TU und 33 Jahren Betriebsratstätigkeit ging Heinz Hummler in den wohlverdienten Vorruhestand.

Im Rahmen seiner Parteizugehörigkeit war Heinz Hummler in verschiedenen Funktionen tätig, unter anderem als Gruppenvorsitzender, stellvertretender Kreisvorsitzender, stellvertretender Bezirksvorsitzender und Mitglied des Parteivorstands.

Überdies engagierte sich Heinz Hummler im – wie er es gerne nennt – „Unruhestand“ weiterhin in der Gewerkschaftsarbeit. So gehörte er seit dessen Gründung 1994 zum Einladerkreis des „Zukunftsforums Stuttgarter Gewerkschaften“ und zu den Triebkräften für offensive gewerkschaftliche Mai-Demonstrationen.

Außerdem war er aktiv in der VVN-BdA, stand – häufig gemeinsam mit seiner Frau Heidi – als Zeitzeuge für Vorträge zur Verfügung und hat sich besondere Verdienste erworben durch seine Beteiligung am Kampf gegen den Abriss des „Hotels Silber“ – der ehemaligen Stuttgarter Gestapo-Zentrale – und für dessen weitere Nutzung als Museum.

## **Der VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale und die antimonopolistische Strategie**

In der derzeitigen Debatte um eine antimonopolistische Strategie, deren Bedeutung weit über die DKP hinausgeht, äußerte sich in einem Beitrag „Zu den Meinungsverschiedenheiten in der DKP“ auch der langjährige Spitzenfunktionär Georg Polikeit (s. [www.kommunisten.de](http://www.kommunisten.de)). Unter der Zwischenüberschrift „Abgehen von einer bewährten Traditionslinie“ schreibt er:

*„Das Abgehen vom strategischen Konzept des Parteiprogramms von 2006 im Leitantrag ist nicht nur ein Bruch mit dem geltenden Parteiprogramm, Es ist auch ein Bruch mit einer viel älteren kommunistischen **Traditionslinie**.*

*Die strategischen Konzepte der DKP-Programme von 1978 und 2006 beruhen im Wesentlichen auf den Orientierungen, die in der internationalen kommunistischen Bewegung mit dem **VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale 1935 im Kampf gegen den Faschismus** erarbeitet worden sind.*

*Der VII. Weltkongress war u.a. auch eine selbstkritische Auseinandersetzung mit **„linken“ Fehlern** der Kommunisten. In seinem Ergebnis wurde eine wichtige **strategische Neuorientierung** im Kampf gegen den Faschismus und auch eine Neubestimmung des Verhältnisses der Kommunisten zur bürgerlichen Demokratie vorgenommen.*

*Die daraus entstandene **„Volksfront“-Orientierung** war auch eine Schlussfolgerung daraus, dass die Kommunisten in Deutschland – abgesehen von der zeitweilig vertretenen falschen und sehr schädlichen **„Sozialfaschismus-These“** – den Kampf gegen den Faschismus in der Weimarer Republik viel zu lange und praktisch bis zum Ende im Januar 1933 mit dem **strategischen Ziel** der Errichtung der **„Sowjetmacht“** oder der **„Arbeitermacht“** in Deutschland verbunden hatten. Die Verteidigung der bürgerlichen Weimarer Demokratie gegen den Angriff des Faschismus war damals nicht als ein eigenständiges strategisches Ziel erkannt worden.*

*Die Volksfront-Orientierung mit ihrem Konzept von **breiten Bündnissen aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte**, das übrigens schon vor dem VII. Weltkongress in Spanien und Frankreich in der Praxis erprobt worden war, hat sich als ein außerordentlich erfolgreiches strategisches Konzept erwiesen. Es führte nicht nur nach 1945 mit den ‚volksdemokratischen Revolutionen‘ in Ost- und Südosteuropas zu bedeutenden Erfolgen, sondern auch schon vor 1945 im antifaschistischen Befreiungskampf in Ost- wie in Westeuropa.“ (Hervorhebungen Corell)*

Im Folgenden kann es nicht unsere Aufgabe sein, die innerparteilichen Auseinandersetzungen um die Programmatik und strategische Orientierung der DKP zu kommentieren und zu analysieren. Es geht aber alle Kommunisten etwas an, wenn über ein für die Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus so wichtiges Ereignis wie den 7. Weltkongress der KI (und die darauf aufbauende Brüsseler Konferenz der KPD) falsche oder halbwahre Wertungen verbreitet werden. Es gilt also zunächst darum herauszuarbeiten, was der 7. Weltkongress tatsächlich festgelegt hat. Dann erst kann geprüft werden, ob es sinnvoll ist, sich in diese „Traditionslinie“ zu stellen.

### **Hat der 7. Weltkongress die strategische Orientierung der „Sowjetmacht“ aufgegeben?<sup>[1]</sup>**

Hören wir Georgi Dimitroff mit seinem Referat am 2. August 1935: „Vor fünfzehn Jahren hat uns Lenin aufgefordert<sup>[2]</sup>, unsere ganze Aufmerksamkeit darauf zu konzentrieren, ‚Formen des **Übergangs** oder des **Herankommens** an die proletarische Revolution ausfindig zu machen‘. Möglicherweise wird die **Einheitsfrontregierung** in einer Reihe von Ländern sich als eine der wichtigsten Übergangsformen erweisen. Die ‚linken‘ Doktrinäre haben sich stets über diesen Hinweis Lenins hinweggesetzt, als beschränkte Propagandisten haben sie immer nur vom ‚Ziel‘ gesprochen, ohne sich je um die ‚Übergangsformen‘ zu kümmern. Die Rechtsopportunisten aber versuchten, ein besonderes ‚**demokratisches Zwischenstadium**‘ zwischen der Diktatur der Bour-

*geoisie und der Diktatur des Proletariats herzustellen, um in der Arbeiterschaft die Illusion eines friedlichen parlamentarischen Spazierganges aus der einen Diktatur in die andere zu erwecken. Dieses fiktive ‚Zwischenstadium‘ nannten sie auch ‚Übergangsform‘ und beriefen sich sogar auf Lenin! Aber es war nicht schwer, diesen Schwindel aufzudecken: sprach doch Lenin von einer Form des Übergangs und des Herankommens an die **proletarische Revolution**, d.h. an den Sturz der Diktatur der Bourgeoisie, und **nicht** von irgendeiner Übergangsform **zwischen** der Diktatur der Bourgeoisie und der proletarischen Diktatur.“<sup>[3]</sup>*

Es kann hier eigentlich keine abweichende Lesart geben. Dimitroff erklärt auch an zahlreichen anderen Stellen seines Referats, dass die strategische Orientierung erhalten bleibt, d.h. Ziel in der Epoche des Imperialismus ist die Errichtung der Diktatur des Proletariats inklusive des ganzen Programms: Sturz der Diktatur der Bourgeoisie, d.h. Zerschlagung ihres Staatsapparats in der proletarischen Revolution. Er stellt fest, dass die Einheitsfrontregierung eine Form des Herankommens ist – woran? – an die **Revolution** und **in diesem Sinne** sich als eine der wichtigsten Übergangsformen erweisen kann. Und als ob er schon den vollmundigen Revisionismus eines Chruschtschows (auf dem 20. Parteitag der KPdSU 1956) erahnt hätte, warnt Dimitroff vor „demokratischen Zwischenstadien“, die die Illusion eines „friedlichen parlamentarischen Spazierganges“ zum Sozialismus suggerieren.

Georg Polikeit scheint jedoch aus den Dokumenten des 7. Weltkongresses gelesen zu haben, dass die „Volksfront“-Orientierung das Etappenziel der „Sowjetmacht“ – und das ist nichts anderes als die Diktatur des Proletariats – verdrängt habe.

Es hätte sich gelohnt noch einmal bei Wilhelm Pieck in seiner Rede auf der Brüsseler Konferenz der KPD (zwei Monate nach dem 7. Weltkongress im Oktober 1935) nachzulesen: „Es erübrigt sich hier auf unserer Konferenz etwa beweisen zu wollen, dass der von uns eingeschlagene Weg, dass unsere Marschroute der proletarischen Revolution zur Aufrichtung der Diktatur des Proletariats und Schaffung eines Sowjet-

deutschlands gegenüber dem von der Sozialdemokratie vertretenen ‚demokratischen Weg‘ der sozialistischen Ausgestaltung der bürgerlichen Demokratie auf friedlichem Wege, der einzig richtige war.“<sup>[4]</sup>

### **Der 7. Weltkongress und die „linken“ Fehler der Kommunisten**

Georg Polikeit fährt fort (s.o.): „*Der VII. Weltkongress war u.a. auch eine selbstkritische Auseinandersetzung mit „linken“ Fehlern der Kommunisten.*“

Richtig ist, dass Dimitroff und der 7. Weltkongress sich mit den Fehlern der Kommunisten im Kampf gegen den Faschismus auseinandergesetzt haben. Dabei wird zwar auch implizit die Sozialfaschismus–These korrigiert (ohne im Übrigen explizit darauf einzugehen), aber für Deutschland stellt Dimitroff zwei Fehler **besonders** heraus: 1. Die Unterschätzung der faschistischen Gefahr, die auch darin zum Ausdruck kommt, dass „*die Brüning-Regierung bereits als Regierung der faschistischen Diktatur*“<sup>[5]</sup> bezeichnet wurde. 2. Die Unterschätzung der Auswirkungen des „*gekränkten Nationalgefühls und die Empörung der Massen über den Versailler Friedensvertrag*“ und die damit verbundene Verspätung mit dem „*Programm zur sozialen und nationalen Befreiung*“<sup>[6]</sup>. Aber in den Vordergrund stellt Dimitroff nicht die Fehler der Kommunisten, sondern „*die historische Verantwortung der Sozialdemokratie für die Niederlage der Arbeiterklasse.*“<sup>[7]</sup> Er stellt heraus: „*So bereitete die Sozialdemokratie dem Faschismus den Weg zur Macht, sowohl in Deutschland als auch in Österreich, als auch in Spanien, desorganisierte und spaltete die Reihen der Arbeiterklasse.*“<sup>[8]</sup> Und er benennt als Gründe: „*Der Faschismus konnte vor allem deshalb zur Macht kommen, weil die Arbeiterklasse dank der Politik der Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie, die von den Führern der Sozialdemokratie betrieben wurde, gespalten war, politisch und organisatorisch gegenüber der angreifenden Bourgeoisie entwaffnet war.*“ Diese entscheidende Kampfaufgabe gegenüber der Sozialdemokratie, die auch zur „Volksfront-Orientierung“ unserer Traditionslinie gehört, benennt Georg Polikeit nicht. Und damit wird das

Tor ganz weit aufgemacht für die Unterordnung unter die Sozialdemokratie und damit für die „Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie“. Das bedeutet auf Heute bezogen: Tore auf für „Transformations“-Strategen und „2rg“<sup>[9]</sup>-Praktikanten.

### **Worin bestand die Neuorientierung durch den 7. Weltkongress?**

*„In seinem Ergebnis wurde eine wichtige strategische Neuorientierung im Kampf gegen den Faschismus und auch eine Neubestimmung des Verhältnisses der Kommunisten zur bürgerlichen Demokratie vorgenommen“*, schreibt Georg Polikeit.

Demgegenüber erklärt Wilhelm Pieck auf der Brüsseler Konferenz: *„Genossen! Der VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale hat sehr bedeutungsvolle Beschlüsse über eine neue taktische Orientierung und über die Anwendung der Einheitsfront auf neue Art gefasst, die es den kommunistischen Sektionen ermöglichen sollen, die Einheitsfront der Arbeiterklasse und die antifaschistische Volksfront, die Aktionseinheit der gesamten werktätigen Massen im Kampfe gegen Kapitaloffensive, Faschismus und imperialistische Kriegsgefahr, herzustellen.“*<sup>[10]</sup>

Einer der Väter unserer „Traditionslinie“ spricht also klar und bewusst von neuer taktischer Orientierung, nicht von strategischer Neuorientierung, wie es Georg Polikeit darstellt. Das ist keine Wortklauberei und Scholastik, sondern hat genau den Grund, dass die damals maßgeblichen Genossen noch gut zu unterscheiden wussten zwischen Strategie und Taktik. Die Strategie zeigt auf die Diktatur des Proletariats, die Taktik (und das hat nichts zu tun mit „Taktieren“), aber muss berücksichtigen, dass, um dieses Ziel zu erreichen auch Rückschläge, Rückzüge und Sammlung der Kräfte unvermeidlich sind.

Die Taktik musste berücksichtigen, dass mit dem Machtantritt des Faschismus in Deutschland nicht nur sozialdemokratische Arbeiter in die KZ und Gefängnisse wanderten, sondern auch sozialdemokratische Minister, Abgeordnete, Funktionäre, dass die Arbeiteraristokratie als soziale Hauptstütze der Bourgeoisie durch die reaktionären Teile des

Kleinbürgertums abgelöst wurde. Die Taktik muss berücksichtigen, dass das Niederschlagen des Faschismus nicht unmittelbar zur Errichtung der proletarischen Herrschaft führen kann; sie muss berücksichtigen, dass im Kampf gegen den drohenden Faschismus die bürgerliche Demokratie verteidigt werden muss – nicht um ihrer selbst willen als Diktatur der Bourgeoisie, sondern als bester Kampfboden für die Entfaltung des Kampfs der Arbeiterklasse gegen die Ausbeutung, gegen das Privateigentum an den Produktionsmitteln, gegen die private Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums, um den Sturz der Bourgeoisie. Lenin hatte es schon auf den Punkt gebracht: „Die Marxisten aber wissen, dass die Demokratie die Klassenunterdrückung nicht beseitigt, sondern lediglich den Klassenkampf reiner, breiter, offener, schärfer gestaltet, und das ist es, was wir brauchen. ... Je demokratischer die Staatsordnung, umso klarer ist es den Arbeitern, dass die Wurzel des Übels der Kapitalismus ist und nicht die Rechtlosigkeit.“<sup>[11]</sup> Unser Verhältnis zur bürgerlichen Demokratie muss gespalten sein. Wer die Diktatur der Bourgeoisie beseitigen will, muss klarstellen, dass die bürgerliche Demokratie den Arbeitern nur Scheinfreiheiten und Scheinrechte gibt, dass sie die beste Schutzhülle für die Ausbeutung ist. Wenn aber die Bourgeoisie dazu übergeht, den schönen Schein ihrer Herrschaft selbst aufzulösen, die eigene Plattform, auf der sie sich entwickelt hat, liquidiert, dann müssen wir selbst die einfachsten Bestandteile der bürgerlichen Demokratie verteidigen, die Rechte und Freiheiten sogar im Grundgesetz, das selbst schon eine Karikatur auf eine bürgerliche Verfassung ist; ja selbst die Gewaltenteilung gegen die offene Gleichschaltung, sogar ein Parlament retten vor der eigenen Selbstabschaffung.

Von diesem zwiespältigen Verhältnis zur bürgerlichen Demokratie will aber Georg Polikeit nicht sprechen – auch würde das ja die 2rg-Bestrebungen nur behindern.

### **Was setzt eine richtige Volksfront-Orientierung voraus?**

Georg Polikeit: „*Die Volksfront-Orientierung mit ihrem Konzept von breiten Bündnissen aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte, das*

*übrigens schon vor dem VII. Weltkongress in Spanien<sup>[12]</sup> und Frankreich in der Praxis erprobt worden war, hat sich als ein außerordentlich erfolgreiches strategisches Konzept erwiesen.“*

Dass es sich um kein strategisches, sondern ein neues taktisches Konzept handelte, wurde schon erläutert. Und zu den „breiten-antifaschistischen Bündnissen aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte“ gibt Dimitroff zu denken: *„Man darf nicht aus dem Auge lassen, dass die Einheitsfronttaktik die Methode der anschaulichen Überzeugung der sozialdemokratischen Arbeiter von der Richtigkeit der kommunistischen und von der Unrichtigkeit der reformistischen Politik und nicht eine **Versöhnung mit der sozialdemokratischen Ideologie und Praxis ist.** Der erfolgreiche Kampf für die Herstellung der Einheitsfront erfordert unbedingt einen ständigen Kampf in unseren Reihen gegen die Tendenz der **Herabsetzung der Rolle der Partei, gegen die legalistischen Illusionen, gegen die Einstellung auf Spontaneität und Automatismus, sowohl in Bezug auf die Liquidierung des Faschismus als auch bei der Durchführung der Einheitsfront, gegen die geringsten Schwankungen im Augenblick des entscheidenden Handelns.**“*

Das ist doch etwas anderes als die vielen breiten Bündnisse, die wir erlebt haben, in denen die Kommunisten bis zur Unkenntlichkeit verschwunden sind als organisatorische Dienstleister und Resonanzboden falscher Parolen statt als Stachel gegen reformistische und Friedensillusionen. Man kann ja in Bündnissen, die Kompromisse erfordern, für den Frieden eintreten, ohne gleich die Friedensfähigkeit des Imperialismus unterschreiben zu müssen. Man kann ja für Reformen sein, ohne gleich die prinzipielle Reformierbarkeit des Kapitalismus zu vertreten. Bündnisse – wie breit auch immer – dürfen uns aber nie die Hände (und die Kräfte) binden, um die kommunistischen Standpunkte zu vertreten, zu erläutern und in die Bündnisse hineinzutragen; nie unsere Freiheit der Agitation und Propaganda beeinträchtigen.

Was setzt also die Volksfront voraus? Eine starke selbstbewusste Kommunistische Partei, die gerade weil sie Entwicklungen überblicken



sollte mit den Bündnispartnern Kompromisse suchen und eingehen kann, um den Feind zu schlagen. Und die Bündniskräfte sind klassenmäßig festgelegt: die Arbeiterklasse findet sie im Kampf gegen Faschismus und Krieg im Kleinbürgertum und der Arbeiteraristokratie. Kräfte, die sie z.T. gegen sich haben wird, wenn die Arbeiter wieder zum Sturm auf die Zwingburgen des Kapitals ansetzen werden.

Was setzt also die Volksfront voraus: Klare Kampfstellung gegen die Feinde und falschen Freunde oder wie es Dimitroff zum Ausdruck bringt: „*Die Kommunistische Internationale stellt für die Aktionseinheit keinerlei Bedingungen, mit Ausnahme einer einzigen, elementaren, für alle Arbeiter annehmbaren Bedingung, und zwar, dass die Aktionseinheit sich gegen den Faschismus, gegen die Offensive des Kapitals, gegen die Kriegsgefahr, gegen den Klassenfeind richtet.*“

Diese Frontstellung und dieser Auftrag scheinen in den „breiten antifaschistisch-demokratischen Bündnissen“ gar nicht mehr auf. Die dienen dann oft nur noch zur Empörungskultur, zum Dampfablassen, zur Selbstberuhigung und zum Selbstbetrug. Und es steigt der modrige Duft auf von: Die Bewegung ist alles, das Ziel ist nichts!

Wo die Orientierung des 7. Weltkongresses (neben den zurecht erwähnten volksdemokratischen Umwälzungen nicht zuletzt auch in der DDR) besonders aufgegriffen und umgesetzt wurde, erwähnt Polikeit nicht: in China, in Vietnam, in Kuba und in anderen Kolonien oder vom Imperialismus abhängigen Halbkolonien.<sup>[13]</sup> Die Kämpfe dieser Völker waren deshalb erfolgreich, weil sie zielklare Parteien hatten. Allerdings waren deren „breite antifaschistisch-demokratische Bündnisse“ auch bewaffnete Kräfte, die mehrere revolutionäre Klassen repräsentierten (revolutionär bezogen auf die jeweilige Etappe im Kampf um Befreiung vom imperialistischen Joch und um Unabhängigkeit), darunter zeitweise solche Antikommunisten und Schlächter wie Tschiang Kai Schek (1937) oder Kollaborateure wie Bao Dai (vietnamesischer Kaiser, 1945 „Oberster Berater“ der Viet Minh-Regierung).

Zusammenfassend bleibt festzustellen, dass die Traditionslinie des 7. Weltkongresses von Georg Polikeit doch arg verbogen und zurechtge-

macht wurde, um den guten Namen dieses Kongresses und des großartigen Dimitroff einzuspannen für die Rechtfertigung des Wegs nach rechts in den Transform-Sumpf. Die Argumentation ist dabei geradezu (negativ) beispielhaft, wie mit wenigen Schlagworten eine Linie gezimmert werden kann, die haarscharf an der Lüge vorbeigeht, aber umso sicherer in die Irre führt.

### **Was können wir vom 7. Weltkongress heute nutzen?**

In der Auseinandersetzung um eine antimonopolistische Strategie spielen die Erkenntnisse des 7. Weltkongresses eine zentrale Rolle. Wir leben immer noch in der gleichen Epoche, die Lenin als Epoche der Kriege und Revolutionen charakterisiert hat und die, wie wir wissen, auch eine Periode der Konterrevolutionen und des Faschismus ist. Die Bourgeoisie als Trägerin des Fortschritts, als Führerin der Volksbewegungen hat ausgedient. Mit dem Monopolkapitalismus, dem Imperialismus, bestimmt Reaktion auf der ganzen Linie die Herrschaft der Bourgeoisie. Die Produktivkraftentwicklung führt zur internationalen Vergesellschaftung der Produktion; die Produktionsverhältnisse aber sind durch private Aneignung bestimmt, das Eigentum an den Produktionsmitteln liegt in den Händen einer verschwindenden Minderheit von Finanzoligarchen in ein paar wenigen Ländern der Erde. In diesem Widerspruch liegt das ganze Elend begraben. Der Ausweg kann nur darin bestehen, dass die gesellschaftlichen Produzenten, dass die Arbeiter als Klasse wieder die Produktionsmittel in die Hand nehmen. Das können sie nur, wenn sie der Finanzoligarchie die politische Macht entreißen und die Herrschaft der Arbeiterklasse errichten, die willens und in der Lage ist, den unvermeidlichen Widerstand der Bourgeoisie gegen ihre Entmachtung und Enteignung im Weltmaßstab niederzuhalten. Deswegen gehen auch Dimitroff und der 7. Weltkongress selbstverständlich davon aus, dass die Strategie darauf gerichtet ist, die Diktatur der Bourgeoisie zu stürzen und durch die Diktatur des Proletariats zu ersetzen (mit dem Ziel des Sozialismus als dem Weg zur klassenlosen Gesellschaft).

Richtig ist, die Monopolbourgeoisie und die Finanzoligarchie als den krassesten Ausdruck des Klassenwiderspruchs in den Vordergrund zu stellen, deswegen ist auch der Ausdruck antimonopolistische Strategie gerechtfertigt. Falsch wird es, wenn damit vermittelt werden soll, dass die nichtmonopolistische Bourgeoisie auf unsere Seite gezogen werden könnte. Die nichtmonopolistische Bourgeoisie ist in einem imperialistischen Land wie Deutschland mit tausend Fäden mit dem Monopolkapital verflochten, zieht bei jeder Offensive des Monopolkapitals gegen die Arbeiterklasse mit und drängt üblicherweise auf noch härtere Gangart, da sie weniger Puffer hat als die Monopolbourgeoisie. Im Gegensatz zur Bourgeoisie in den halbkolonialen Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas und vom Imperialismus abhängigen Ländern (wie Griechenland, Portugal, Irland und die reimperialisierten Länder Osteuropas). Dort kann eine nationale Bourgeoisie gegen den Ausverkauf des Landes durch die einheimische Kompradoren-Bourgeoisie und zum Schutz ihres Profits vor der übermächtigen Monopolkonkurrenz aus den imperialistischen Ländern unter der Führung des Proletariats noch antiimperialistisch-revolutionär agieren. Diese Möglichkeit besteht in imperialistischen Ländern nur in Kriegs- und Besatzungszeiten wie etwa in Frankreich unter der Nazi-Besatzung. Oder in der Sowjetischen Besatzungszone zur Zeit der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung als noch Teile der Bourgeoisie und der Großbauern zum Aufbau herangezogen wurden.<sup>[14]</sup> Daraus eine Strategie für heute zu konstruieren, würde unterstellen, dass das heutige Größer-Deutschland keine imperialistische Großmacht, sondern ein Vasallenstaat sei und es in Deutschland noch Aufgaben der nationalen Befreiung gäbe. Die Festlegung auf eine solche Strategie würde bedeuten, das Handeln der Arbeiterklasse so auszurichten, dass auch solche Kräfte der Bourgeoisie noch in den Kampf einbezogen werden können, und alles getan werden muss, damit sie nicht verprellt werden. Das wird gerade von Teilen der PDL-Führung versucht unter den Stichworten Einbruch in den Mittelstand, Zugehen auf die Mitte. Dabei werden unter der Hand und zügig Arbeiterinteressen

verkauft und antimilitaristische und antiimperialistische Standpunkte über Bord geworfen.

Wenn aber die Strategie entsprechend den Interessen der Arbeiterklasse festgelegt ist, und die Kommunisten wieder wissen, wohin sie gehen müssen und mit wem, dann gilt:

*„Krieg führen zum Sturz der internationalen Bourgeoisie, einen Krieg, der hundertmal schwieriger, langwieriger, komplizierter ist als der hartnäckigste der gewöhnlichen Kriege zwischen Staaten, und dabei im voraus auf das Lavieren, auf die Ausnutzung von (wenn auch zeitweiligen) Interessengegensätzen zwischen den Feinden, auf Übereinkommen und Kompromisse mit möglichen (wenn auch zeitweiligen, unbeständigen, schwankenden, bedingten) Verbündeten verzichten – ist das nicht über alle Maßen lächerlich? Ist das nicht dasselbe, als wollte man bei einem schwierigen Aufstieg auf einen noch unerforschten und bisher unzugänglichen Berg von vornherein darauf verzichten, manchmal im Zickzack zu gehen, manchmal umzukehren, die einmal gewählte Richtung aufzugeben und verschiedene Richtungen zu versuchen?“ [15]*

Bei aller Flexibilität im revolutionären Handeln und in der Taktik weist der 7. Weltkongress darauf hin, dass die Einheitsfrontregierung als eine wichtige Form des Herankommens an die Revolution eine **politische Krise** voraussetzt, außerhalb solcher Zeiten wird daraus schnell eine rot angemalte bürgerliche Koalitionsregierung, die den Kapitalismus zu stabilisieren sucht.

Der 7. Weltkongress warnt auch davor, aus der Einheitsfrontregierung ein „demokratisches Zwischenstadium“ machen zu wollen, wie es das frühere Konstrukt einer „antimonopolistischen Demokratie“ unterstellte. Die Bourgeoisie wird im nationalen wie internationalen Maßstab versuchen, das Kräfteverhältnis auch gewaltsam wieder zu ihren Gunsten zu verändern und rasch die Machtfrage zu stellen, um zu verhindern, dass eine imperialistische Großmacht wie Deutschland die Farbe wechselt. Die Arbeiterklasse auf länger anhaltende Doppelherrschaft einzustellen statt auf die Vorbereitung des Aufstandes, heißt einzuschlängeln und die Chancen verspielen.

Fragen der Einheits- und Volksfronttaktik müssen hier nicht ausführlich erörtert werden. Hier sind in erster Linie die klaren Hinweise aus der Schatzkammer des 7. Weltkongresses relevant. Einheitsfront und Volksfront bleiben Sandkastenspiele ohne eine starke Kommunistische Partei. Sie wieder zu schaffen ist deshalb die vordringlichste Aufgabe. Sie wird erstarken im Kampf gegen die Gefahr von Faschismus und Krieg und im Kampf gegen die verheerende Rolle des Sozialdemokratismus zur Lähmung der Gewerkschaften, der Kampfernergie der Arbeiterklasse und zu ihrer Spaltung.<sup>[16]</sup>

Corell

1 Als Textgrundlage wird das Referat von Georgi Dimitroff „Arbeiterklasse gegen Faschismus“ verwendet ([www.mlwerke.de/gd/gd\\_001.htm](http://www.mlwerke.de/gd/gd_001.htm)). Ergänzend für Diskussionsbeiträge zum Referat, zu Dimitroffs Schlusswort und zur Resolution wird verwendet: Protokoll des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, 2. Aufl. Stuttgart 1976

2 vgl. hierzu W.I. Lenin, Linker Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus, LW 31, S.79 (1920)

3 a.a.O. S. 86

4 Die Brüsseler Konferenz der KPD, Berlin-Hauptstadt der DDR, 1975, S. 72 f.

5 a.a.O. S. 22 von der linkssektiererischen Gruppe in der Führung der KPD um Heinz Neumann (u.a. Chefredakteur der „Roten Fahne) und Hermann Remmele

6 a.a.O. S. 23 – Gerade diese Kampfaufgabe wird auch heute wieder sträflich vernachlässigt, um der nationalen und sozialen Demagogie der Faschisten entgegenzutreten ist

7 a.a.O. S. 23 f.

8 a.a.O. S. 21

9 Dies ist das Kürzel für die Fantasien von „rot-rot-grünen“ Koalitionsregierungen

10 Die Brüsseler Konferenz der KPD, a.a.O. S. 61 (Hervorhebung Corell)

11 W.I. Lenin, Über eine Karikatur auf den Marxismus und über den ‘imperialistischen Ökonomismus’, LW 23, S. 68

12 Die Frente Popular in Spanien wurde erst nach dem 7. Weltkongress zu Anfang des Jahres 1936 gebildet.

13 vgl. hierzu den Abschnitt „Die antiimperialistische Einheitsfront“ in Georgi Dimitroff, „Arbeiterklasse gegen Faschismus“, a.a.O., S. 77 ff.

14 Die Schlussfolgerungen, die die neugegründete SED damals selbst aus dieser Situation noch mit dem Blick auf das ganze Deutschland zog, dokumentieren wir im

*Kasten „Aus dem Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) von 1946“.*

*15 W.I.Lenin, „Der linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus, LW 31, S. 68*

*16 s. unseren Artikel in KAZ 357: Die Gefahr des Faschismus und seine Wegbereiter*

Nachdruck – mit freundlicher Genehmigung – aus der „Kommunistischen Arbeiterzeitung“ (KAZ), Nr. 360



